

ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ November / Dezember 2015



v.l.n.r.: Dr. Wolfgang Endler, Kultusstaatssekretär Dr. Manuel Lösel und Sascha Hingst (rbb) im Gespräch mit unserem Zeitzeugen - © LV/Boris Trenkel

Grenzen überwinden

Mit Dr. Wolfgang Endler, Zeitzeuge

Tag der offenen Tür des Bundesrates 2015

Unter dem Motto „Grenzen überwinden“ stellte sich das Hessische Kultusministerium am 5. September am Tag der offenen Tür des Bundesrates in Berlin vor. Thema des Talks im Plenarsaal des Bundesrates war „Geschichte erinnern, Grenzen überwinden - Zeitzeugengespräche im Unterricht“. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die DDR für junge Leute Geschichte, die sie nicht mehr aus dem eigenen Erleben kennen. Der Erinnerung an die DDR-Diktatur und der Vermittlung dieses Abschnittes deutscher Geschichte kommen gerade in Bezug auf unsere Schulen eine besondere Bedeutung zu.

Dem Moderator Sascha Hingst gelang es, seinen Interviewpartnern sehr persönliche Äußerungen zu entlocken. So konnte das Publikum - unabhängig vom Wohnort auf den Plätzen der Abgeordneten der verschiedenen Bundesländer sitzend - äußerst unterschiedliche Erlebnisse und Empfindungen der Befragten wahrnehmen. Während der eine in der Nacht des 9. November 1989 mit Freunden in Hessen die (bundes)deutsche Nationalhymne sang, rief beim anderen der Blick durch Trabi-Windschutzscheiben am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße Ängste vor aufkeimen-

der Fremdenfeindlichkeit hervor. Nicht nur für Kennerinnen und Kenner der Zeitzeugentätigkeit war dies ein handgreifliches Beispiel dafür, wie verschieden oder sogar konträr Menschen (die „objektiv gleiche“) Geschichte erleben.

Inhalt

Grenzen überwinden	1
Wie das Leben so spielt	2
Zeitzeugen in der „BERLINER REPUBLIK“	3
Ein kontaminierter Begriff	4
Keine Plattitüden	5
4 Sprachen in Nürnberg	6
Ungesühnte Nazijustiz	7
Wo befindet sich das Berliner Vogtland	8
In eigener Sache	10
Aus unserem Briefkasten	10
Gratulationen (<i>Gerhard Richter wird 100</i>)	11
Veranstaltung	11
Ankündigungen	12
Impressum	12

Wie das Leben so spielt

Reflexion über das Leben in einem geteilten Land
Von Martin Odernheimer, **zzb**

Das Eis ist schnell gebrochen. Die Stimmung der Anwesenden ist von gegenseitiger Neugier gekennzeichnet. Eva Tetz, Jahrgang 1932, gebürtige Berlinerin und für die ZZB seit 2002 als Zeitzeugin im Einsatz, hat einen prall gefüllten Stoffbeutel vor sich auf den Tisch gelegt und packt aus. Sechzehn Augenpaare aus sechs Nationen blicken erwartungsvoll in die Runde. Die Gruppe Teenager, alle Jahrgangsstufe 12, die da am 28. Juli im Seminarraum des Lazarus-Stiftes zusammensitzt, ist bunt zusammengewürfelt und hat zum Teil einen weiten Anreiseweg auf sich genommen.

Die Jugendlichen kommen aus Frankreich, Italien, Russland, Canada, Argentinien und Mauritius. Gemeinsam ist ihnen die Liebe zur deutschen Sprache. Sie sind Gewinner von Aufsatzwettbewerben in ihren Heimatländern und nun auf Einladung der Bundesregierung für einige Zeit im Land. Betreut werden sie von Heiko Wagner im Auftrag des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) der Kultusministerkonferenz. Dieser kümmert sich um die Unterbringung und organisiert das Besucherprogramm. Für das Programm hat der PAD bereits zum wiederholten Male auf die ZZB und ihre Zeitzeugen zurückgegriffen. Die Zeitzeugen leisten einen wertvollen Beitrag, damit junge Leute die Geschichte der deutschen Teilung besser nachvollziehen können.

Nach einem Gang durch die Gedenkstätte Bernauer Straße wollen die Jugendlichen wissen, wie das damals war – das Leben im geteilten Deutschland. Wie lebte es sich in der DDR hinter der Mauer? Wie haben die Menschen die Wiedervereinigung erlebt?

Aus dem Beutel holt Eva Tetz allerlei Erinnerungsstücke hervor. Mit diesen wird sie nach und nach ihre Schilderung anreichern und untermalen, darunter Fotos,

Ost-Geld, Bücher und diverse persönliche Dokumente.

Als erstes lässt sie eine Packung Halloren herumreichen. Die Jugendlichen greifen beherzt und dankend zu. Von Eva Tetz erfahren sie dazu, dass die in Halle an der Saale ansässige Schokoladenfabrik eine von – bedauerlicherweise – wenigen Firmen ist, die die DDR-Zeit überdauert hat und die sich bis heute in der Marktwirtschaft behaupten kann.

Das Klingeln eines Mobiltelefons verdrängt für einen Augenblick die gespannte Aufmerksamkeit. Nein, es ist nicht das Handy eines der Jugendlichen, wie man meinen könnte. Die Zeitzeugin hat sich selbst kurz aus dem Konzept gebracht. Souverän wird das Telefon hervorgeholt, deaktiviert und zur Seite gelegt. Die aktive Seniorin, die in der Freizeit auch in einer Kabarettgruppe mitwirkt, ist auf der Höhe der Zeit.

Nach einigen Worten zu ihrem persönlichen Hintergrund zwecks Einordnung in den historischen Kontext – behütete Kindheit in Berlin Mitte und Prenzlauer Berg, Luftangriffe, Bombennächte, Kinderlandverschickung, zerstörtes Berlin und Einmarsch der Roten Armee – kommt Tetz auf das Leben in einem geteilten Land zu sprechen.

Familie Tetz war selbst unmittelbar von dieser Teilung betroffen. Die ältere Schwester war in den letzten Kriegsmonaten als Flakhelferin einberufen worden. Im Kriegswirrwarr war sie in Kassel hängengeblieben. Die nordhessische Großstadt, die ein wichtiger Standort der NS-Kriegswirtschaft war, lag nun in der von den Amerikanern besetzten „Westzone“. Die Schwester blieb dort, verliebte sich und heiratete.

Die Nachkriegsjahre waren zunächst in allen Zonen entbehrungsreich. In der US-Zone ließ es sich allerdings Dank der Care-Pakete etwas besser leben. So konnte die Schwester ihre Angehörigen in der von den sowjetischen Truppen besetzten „Ostzone“ (SBZ) ein wenig unterstützen.

1951 legt Eva Tetz ihr Abitur ab. Da sie Lehrerin werden wollte, stand sie von einem Tag auf den anderen als „Neulehrerin“, so hieß das damals, vor einer Schulklasse. Es herrschte Lehrermangel. Eine große Zahl von Pädagogen war aufgrund der Mitgliedschaft im NS-Lehrerbund politisch belastet. Die neuen Machthaber hatten keine Verwendung für diese Lehrer.

Das Studium musste sie parallel bewältigen. Morgens unterrichtete sie. Abends hörte sie Vorlesungen oder lernte im Seminar. Die Lehrprüfung erfolgte 1953, fortan arbeitete die Mutter von drei Kindern bis zu ihrem Ruhestand 1992 als Lehrerin für Biologie und Mathe.

Je mehr sie als Schülerin in der Schule über die Nazi-Verbrechen hörte und später durch die Medien erfuhr, desto sicherer wählte sie sich – wie so viele andere damals mit ihr – in dem Landesteil zu leben, der als das bessere und gerechtere Deutschland anzusehen sei. Denn in der „Westzone“ konnten einige ehemalige Nazis unbehelligt ihre beruflichen Karrieren fortsetzen. Sie mischten dort auch in der Politik wieder mit.

Die Repräsentanten der SBZ – und später die der DDR – waren hingegen unbelastet. Unter ihnen befanden sich viele Verfolgte und Opfer des Nazi-Regimes. Das habe sie glaubwürdig gemacht, so dass ihr Macht- und Gestaltungsanspruch legitim erschien. Was diese wiederum im Schilde führten, dass auch sie die großen und stets im Munde geführten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verraten würden, das sei nicht für jedermann in den Umbruchs- und Aufbaujahren sofort erkennbar gewesen, sagt Eva Tetz. Mauer und Maueropfer dokumentieren dies eindrücklich.

Ein Zeitzeugnis der Teilung ist aber auch der dicke Aktenordner mit der Korrespondenz zwischen Mutter und Tochter in Kassel, den Eva Tetz zeigt. Spontane

gegenseitige Familienbesuche oder einfach mal eben in ein anderes Land frei reisen, um dort Urlaub zu machen, das war unmöglich. Selbst Telefonate waren seinerzeit alles andere als selbstverständlich.

Schließlich wollen die Jugendlichen noch wissen, wie es sich in der DDR lebte? Gezielt fragen sie nach der Auto-Marke Trabant. Ferner interessiert sie, ob es in jedem Haushalt einen Fernseher gab? – Nun ja, antwortet Eva Tetz, elementare Existenznot habe es nicht gegeben. Der DDR-Staat sorgte für Arbeit und Einkommen. Viel Geld stellte er für das Bildungs-, Kultur- und Sozialwesen bereit. Und ja, Fernseher habe es ebenfalls gegeben. Das Überangebot an Konsumgütern, das wir heute kennen, gab es allerdings nicht. Wer beispielsweise einen Neuwagen kaufen wollte, musste mit langen Wartezeiten rechnen.

Und die Wiedervereinigung? – Die Wendezeit 1989 hat Eva Tetz in Berlin hautnah miterlebt. Bereits eine Stunde nach der legendären Pressekonferenz von Günter Schabowski am Abend des 9. Novembers stand sie am Grenzübergang Bornholmer Straße. Die Situation vor Ort sei abenteuerlich gewesen. Ihr erster Besuch im Westteil der Stadt hat sich in ihrem Gedächtnis tief eingebrannt. Die Freude über die gewonnene Reisefreiheit war immens. Das Wichtigste war aber natürlich vor allem die familiäre Wiedervereinigung.

Zeitzeugen in der „BERLINER REPUBLIK“

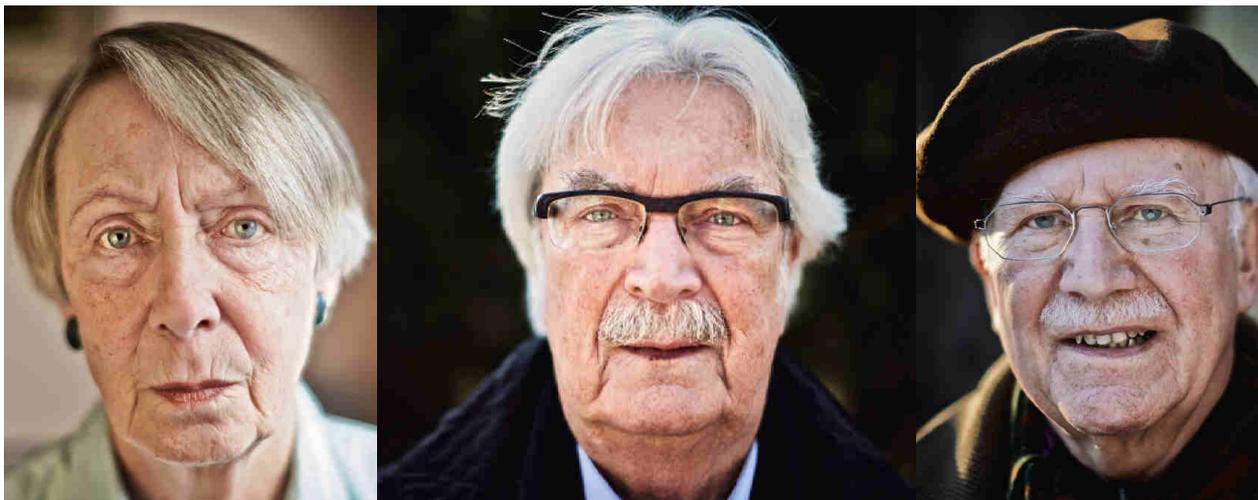
2/2015 - Jetzt geht's ums Ganze!

Von Klaus Riemer, **zzb**



*Die folgenden Texte und Fotos verdanken wir dem Debatten-Magazin „Berliner Republik“ und dem freien Fotografen **Meiko Herrmann**.*

Er hat am Lette-Verein in Berlin studiert und sich auf Foto-Reportagen spezialisiert.



Jutta Hertlein - Hubert Draegert - Günter Böhm / Fotos: Meiko Herrmann

Jutta Hertlein, 75 Jahre

„Krieg bedeutet Angst, Verlust, Mangel und Verzweiflung. Wir sind damals aufs Land geflüchtet, mein Vater wurde eingezogen. Als er aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, wog er nur noch 37 Kilo, drei Wochen später war er tot. Als der Zweite Weltkrieg vorbei war, dachte ich, Krieg passiert nie wieder, weil alle etwas daraus gelernt hätten. Mich erschrecken heute die Nato-Manöver im Baltikum und der Krieg in der Ukraine. Ich fürchte eine militärische Eskalation und empfinde die angespannte politische Situation in Europa als beängstigend.“

Hubert Draegert, 79 Jahre

„Die Annexion der Krim hat mich an den Beginn des Zweiten Weltkrieges erinnert, als die Nazis unter einem Vorwand Polen überfallen haben. Ich bin besorgt, dass sich die Politiker nicht mehr darum scheren, was vor 70 Jahren war, und dass diese Krise militärisch entschieden werden könnte. Die russische Politik scheint gegensätzliche Meinungen mit Gewalt zu unterdrücken. Steinmeiers diplomatische Bemühungen sind bewundernswert. Wir müssen diesen Weg beharrlich weitergehen.“

Günter Böhm, 83 Jahre

„Für mich bedeutet Krieg Verdunklung – in jeder Hinsicht. Offenes Licht war verboten, als Kind hat mir das große Angst gemacht. Auch die Stimmen und die Sprache aus dem Radio klangen plötzlich anders und furchterregend. Die Bombardierungen waren das Schlimmste. Heute passiert genau dasselbe wie damals: Ich bekomme Angst, vielleicht schneller als andere Leute, die den Krieg nicht miterleben mussten. Kürzlich habe ich in der „Tagesschau“ Bilder von der Landung amerikanischer Schiffe und Panzer im Baltikum gesehen und irgendein General hat mal

wieder die Freiheit hochleben lassen. Der richtige Weg ist aber die Diplomatie – reden, reden, reden, alles ist besser als schießen.“

Ein kontaminierter Begriff

Von Klaus-Dieter Pohl, Zeitzeuge

„Mir wulln d' Mork !“ – das war in einer Diskussion um den Jahreswechsel 1989/90 die in breitem Sächsisch gegebene Antwort auf meine Überlegung, ob es nicht – schon um des politischen Überlebens von Michail Gorbatschow willen – vernünftig sei, wenn die Bundesrepublik und die DDR ein Verhältnis zueinander hätten wie – beispielsweise – die Bundesrepublik und Österreich: Der Euro-Scheck werde beiderseits der Grenzen akzeptiert und die Lebensverhältnisse seien ohnehin annähernd gleich. Später tauchte dann – in gleicher Richtung – die Losung auf „Kommt die D-Mark – bleiben wir; kommt sie nicht – geh'n wir zu ihr !“ Und spätestens nach den Wahlen vom 18. März 1990 war klar, dass es über kurz oder lang zur „Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ kommen würde, wobei es schwierig genug war, dies dann tatsächlich bis zum 3. Oktober 1990 hinauszuzögern. Denn mindestens einmal stand die – erste und letzte – frei gewählte Volkammer kurz davor, den nach Art. 23 Grundgesetz in der seit 1949 bis 3.10.1990 geltenden Fassung möglichen Beitritt zur Bundesrepublik einfach zu beschließen. Die Verhandlungen über Währungsunion und Einigungsvertrag und andere begleitende Regelungen

haben den Prozess wenigstens einigermaßen strukturiert und das totale Chaos verhindert. Und in der Nacht vom 22. zum 23. August 1990 beschloss die Volkskammer – so Gregor Gysi damals im Parlament– „den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990“. Hierdurch sei die Vereinigung „zum Anschlussprozess degradiert“ worden.

Wenn – wie auch im ZZB Mai/Juni 2015 zu lesen – dieser historische Prozess als „Anschluss“ bezeichnet wird, dann ist das aus meiner Sicht deshalb befremdlich, weil – bei aller Unscheinbarkeit dieses Begriffs im Alltagsgebrauch – im politischen Vokabular damit die Annexion Österreichs durch das „III. Reich“ assoziiert wird. Wer beide Ereignisse miteinander vergleicht, wird zu dem Ergebnis kommen, dass sie nichts, aber auch gar nichts miteinander gemein haben und damit die Verwendung des Begriffs „Anschluss“ für die Ereignisse des Jahres 1990 – welche Vokabel man auch sonst dafür verwenden mag – im besten Falle Anlass für Missdeutungen sein kann.

Keine Plattitüden

Von Sebastian Triesch, public historian

Eine Diskussion zum DDR-Wohnungsbau zwischen Gestern und Heute

Das Wohnen ist gerade in Berlin zuletzt mit Wucht auf die politische Agenda gerückt. In Zeiten, in denen selbst in früher eher schlecht beleumundeten Wohngebieten wie dem Wedding oder den östlichen Randbezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf kaum mehr freie Wohnungen zu finden sind, scheint sich die Wohnungsfrage wieder als eine soziale Frage zu stellen. Dazu passt, dass die Berliner *Initiative Mietenvolksentscheid* jüngst vermelden konnte mit einem neuen Unterschriftenrekord den ersten Schritt in Richtung Volksbegehren für bezahlbaren Wohnraum getan zu haben.

Wie gegenwärtig das Problem ist, zeigte sich am 25.06. bei einer Diskussion im Kombinatdirektorensalon zum DDR-Wohnungsbau im Haus der Rohnstock-Biografien, die zwischen

Historischem und Aktuellem pendelte. Es versammelten sich mit Gerhard Poser, ehemals in der Bezirksleitung Berlin Sekretär für Bauwesen und Investitionen, Karl-Heinz Schlesier, Chefarchitekt Halle-Neustadts und Stephan Schüttauf, Technischer Direktor beim Wohnungsbau-Kombinat Berlin, Persönlichkeiten, die an unterschiedlichen Orten und Stellen am Wohnungsbau in der DDR involviert waren. Die Moderation übernahm der Architekt Wolf-Rüdiger Eisentraut, der mit seinen Gebäuden an der Gestaltung Ost-Berlins wirkte.

Einen Kernpunkt der Diskussion bildete das Bauprogramm im Anschluss an den 8. Parteitag der SED, auf dem der Bau drei Millionen neuer Wohnungen bis 1990 beschlossen wurde. Dieses Ziel, so waren sich die Diskutanten einig, wurde weitestgehend erreicht. So seien in Berlin von den geplanten 10 000 Wohnungen pro Jahr zumindest 90 Prozent fertig gestellt worden. Einigkeit herrschte allerdings auch darüber, dass zumeist die schiere Quantität Fragen der Ästhetik und Qualität austach. Insbesondere Karl-Heinz Schlesier plädierte für eine differenzierte Bewertung des Wohnungsbaus dahingehend, diesen nicht nur mit der Systembauweise gleichzusetzen und betonte, dass auch in der Politik ein Umdenken stattgefunden habe. Bereits in den Achtziger Jahre seien das innerstädtische Bauen und abwechslungsreichere Bauwesen forciert worden.

Trotz der eingestandenen Mängel - gerade die architektonische Monotonie in Neubauvierteln wurde beklagt - sprachen doch alle Beteiligten mit gewissem Stolz über ihren Beitrag, solch ein Bauprogramm mit beschränkten Ressourcen (sowohl materiell als auch personell) bewerkstelligt zu haben.

Angesichts des Wohnungsmangels, gerade in Berlin, drehte sich die anschließende Diskussion um die Frage, mit welchen Mitteln diesem heute begegnet werden könne. Moderator Eisentraut diagnostizierte eine „ideelle Renaissance“ des Plattenbaus, bei der die frühere Verdammung und auch der Abriss der Plattenbauten als Fehler betrachtet werden. Zudem

wies er auf die ähnliche Problemlage im Berliner Wohnungsbau hin: Sowohl damals als auch heute gilt es als Ziel, 10 000 neue Wohnungen im Jahr zu errichten. Einig war man sich darüber, dass dafür aber andere Mittel und Wege gefunden werden müssen. Der DDR-Plattenbau war ein Produkt seiner Zeit, auch wenn die Systembauweise heute unter dem Label „modulares Bauen“ ein Comeback erlebt. Ein solch zentralistisch geplantes Bauen ist in einer pluralistischen Gesellschaft nicht durchzusetzen. Karl-Heinz Schlesier war allerdings die berechnete Frage auf, ob die selbstgewählte Uniformität der Einfamilienhäuser - beispielsweise im Berliner Speckgürtel - denn einen ästhetischen Gewinn darstellt.

Hinzu kommt, dass die Ansprüche der Menschen an ihre Wohnungen, was Komfort und Größe angeht, gestiegen sind um im Plattenbau kaum befriedigt werden können. Erschwert und verteuert wird neues Bauen außerdem durch Klimavorschriften.

In seinem Schlussplädoyer forderte Schlesier eine gerechte und ideologiefreie Bewertung und Behandlung der Plattenbauten. Und damit hat er sicher Recht. Auch Gerhard Poser sah ihre Zeit noch nicht abgelaufen und forderte zur Erhöhung der Wohnqualität Anlaufpunkte und die Einbindung der Bewohner. Eines dürfte auf jeden Fall sicher sein: Zumindest in Berlin haben die Plattenbauten noch lange nicht ausgedient.

Vier Sprachen in Nürnberg

Von Hans-Joachim Grimm, Dolmetscher

Zum 28. September hatte der *Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ)* für 16 Uhr zur Eröffnung einer Ausstellung im Amtsgericht Tiergarten eingeladen. „Dolmetscher und Übersetzer beim Nürnberger Prozeß 1945/1946“ hieß die Ausstellung und zeigte in 70 Fotos, die im Untergeschoß des Amtsgerichtes zusammen mit erklärenden Texten bei etwas ungenügender Beleuchtung an drei Wänden angebracht waren, Situationen auf dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß unter besonderer Berücksichtigung der Dolmetscherarbeit.

Der Besichtigung der Ausstellung ging ein

Grußwort des Vizepräsidenten des Amtsgerichts Tiergarten, Prof. Dr. Dr. Peter Scholl, sowie des Ersten Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg im Bundesverband des BDÜ, Peter Krachenwitzer, voran. Er teilte den Anwesenden mit, dass der BDÜ mit über 7500 Mitgliedern der größte Verband der sprachmittelnden Branche in Deutschland sei und somit 80 Prozent aller organisierten Übersetzer und Dolmetscher in Deutschland vertritt.

Ins Leben gerufen habe die Ausstellung der Landesverband Bayern im BDÜ bereits im Jahre 2000 und habe sie nun dem BDÜ Berlin-Brandenburg zur Verfügung gestellt.

Die Fotos stammen von dem amerikanischen Militärfotografen Ray D'Addario, der den Nürnberger Prozess 1945/1946 als Fonograf zu dokumentieren hatte. Der Prozess verlief ja vor einem Internationalen Militärtribunal, wobei allerdings nur die Russen Uniform trugen.

Als wichtigste Tatsache wies Peter Krachenwitzer darauf hin, dass der Prozess die Geburtsstunde des Simultandolmetschens war. Bislang war man immer davon ausgegangen, dass das Gehirn die „gleichzeitige“ Übertragung gesprochener Sprache in eine andere nicht bewältigen könne.

Da in Nürnberg mit den vier Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch gearbeitet wurde, hätte der Einsatz von Konsekutivdolmetschern den Prozess viel zu sehr in die Länge gezogen, und so wurden in aller Eile Dolmetscher gesucht, die nun etwas tun sollten, was noch keiner von ihnen gemacht hatte - simultan dolmetschen. Die dort gewonnenen Erfahrungen wurden in der Folge beim Aufbau der Übersetzer- und Dolmetscher-Abteilung der Vereinten Nationen genutzt, in denen heute simultan in Englisch, Französisch, Spanisch, Chinesisch, Russisch und Arabisch gedolmetscht wird. Ohne Simultandolmetscher sei heute keine internationale Konferenz mehr denkbar, und auch die neueren internationalen Tribunale zur Ahndung völkerrechtswidriger Taten brauchen Simultandolmetscher, die noch vielfach zum eigenen Schutz in verdunkelten Kabinen arbeiten müssen.

Auch bei normalen Gerichtsverhandlungen werde heute simultan gedolmetscht, jedoch in Form von Flüsterdolmetschen, da die Gerichte nicht über Simultananlagen verfügen.

Die Nürnberger Dolmetscher bewältigten ihre Arbeit in vier Teams mit je drei Dolmetschern.

In einer Kabine saßen je drei Dolmetscher. Beispielsweise saß in der englischen Kabine je ein Dolmetscher für die Übertragung jeder anderen offiziellen Sprache - Deutsch, Französisch und Russisch - ins Englische. Jedes Team arbeitete jeweils 85 Minuten, von den drei Teams hatte jeweils eines frei. Die beiden anderen arbeiteten abwechselnd - eines im Gerichtssaal, während das andere von einem Nebenzimmer aus das Geschehen verfolgte. Die Dolmetscher übertrugen jeweils in ihre Muttersprache.

Für die Kombination Deutsch-Englisch-Deutsch hatten sich vor allem junge Menschen bewährt, die Ende der Dreißiger Jahre mit sogenannten Kinderzügen nach England gekommen waren.

Die Tätigkeit der Dolmetscher war nicht nur eine riesige physische Anstrengung, sondern auch eine seelische Belastung. So baten Dolmetscher aus der Sowjetunion bei der Schilderung der Naziverbrechen zuweilen um die Versetzung aus dem Kabinendienst, weil die detaillierte Schilderung der nazistischen Untaten schreckliche Erinnerungen bei ihnen wachrief. Außer den Dolmetschern waren auch noch zahlreiche Übersetzer in einem Übersetzerbüro tätig, da sämtliche Dokumente in den vier Prozeßsprachen vorliegen mußten.

Als nächster begrüßte uns Herr Dr. Theodoros Radisoglou, der die Ausstellung konzipiert hatte und in einem kurzen Vortrag auf Details des Prozesses einging. Er sprach erst einmal davon, dass zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte eine verbrecherische politische Führung angeklagt und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde.

Dann schilderte er einzelne Szenen aus dem Prozessgeschehen. Zuerst einmal berichtete er, dass der amerikanische Bundesrichter Robert H. Jackson, der im Prozess der US-Hauptankläger war, Nürnberg für den Prozess empfohlen hatte, da es damals dort noch ein großes, durch den Bombenkrieg nur unwesentlich beschädigtes Justizgebäude und in dessen unmittelbarer Nähe ein gleichfalls unzerstörtes Gefängnis gab...

Jackson erlebte beim Verhör Görings ein Missgeschick, da letzterer dem Amerikaner in einem Dokument einen Übersetzungsfehler nachweisen konnte. Überhaupt benahm sich Göring sehr auffällig. Mehrfach legte er die Kopfhörer beiseite und zischte: „Ist ja alles Quatsch!“.

In dem Dokument wurde von der „Freimachung des Rheins“ gesprochen, und das war im Englischen mit „liberation of the Rhine“ übersetzt worden, während mit Freimachung das Freimachen des Rheins für militärische Maßnahmen gemeint war.

Ein schwieriger Fall für die Dolmetscher war der Nazi Fritz Sauckel. Er wurde von mehreren Seiten häufig darum gebeten, kürzere Sätze zu bilden und nicht nach jedem Wort eine Pause einzulegen und die Sätze nicht zu schachteln. Die Dolmetscher hätten Schwierigkeiten, ihn zu übersetzen.

Der Verteidiger von Rudolf Heß und Hans Frank bemühte sich, die Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den Nazis unmittelbar nach Beginn des zweiten Weltkrieges zu Lasten Polens und des Baltikums zur Sprache zu bringen. Er hatte jedoch anfangs keinen Erfolg damit, weil er das entsprechende Dokument, ein Geheimdokument, nicht in die einzelnen Sprachen der Richter hatte übersetzen lassen.

Der Prozess dauerte vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 und endete mit 12 Todesstrafen, 7 Freiheitsstrafen und drei Freisprüchen.

Am frühen Morgen des 16. Oktober 1946 wurden die zehn zum Tode Verurteilten gehängt, ihre Leichen wurden anschließend in einem Münchener Krematorium verbrannt, und ihre Asche wurde in einem Nebenbach der Isar ausgestreut.

„Ungesühnte Nazijustiz“

Reinhard Streckers Ausstellung oder „Der Zeitzeuge als Revolutionär“
Von Gert Keil, Zeitzeuge

Im letzten Jahr war ich einige Tage in Georgien. Georgien war Teil der Sowjetunion. Die ratternde U-Bahn in Tiflis und das Gesundheitssystem zeugen heute noch davon. In Georgien hat sich der ideologische Wind vollständig gedreht. Aber die Verwaltung wurde fast vollkommen übernommen. So war es ansatzweise auch in Deutschland nach dem Krieg. Viele Hochschullehrer wurden übernommen. Viele Juristen. Etwas Verwerfliches wurde darin kaum gesehen. Wir hatten einfach keine anderen. So die einfache aber dreiste Antwort. Besonders ausgeprägt war es bei den Richtern und Juristen.

Ein einzelner Mann, Reinhard Strecker, brachte 1959 diese Verdrängungsidylle ins Wanken. Davon handelte die Veranstaltung der *Landeszentrale für politische Bildung* in den Räumen des Justiz- und Verbraucherministeriums am 9.10.15: „*Reinhard Strecker. Pionier der kritischen Vergangenheitspolitik*“.



Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale - Foto: LPB
Das Justizministerium war dafür genau der richtige Ort. In der Veranstaltung wurde die Geschichte der Justiz in den 50er, 60er und 70er Jahren kritisch gewürdigt. Im Mittelpunkt stand der 85jährige Reinhard Strecker, der gerade das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommen hat. So freundlich war der Staat zu ihm nicht immer.



Reinhard Strecker - Foto: LPB

Strecker kommt aus einer Juristenfamilie. Strecker ist, nach Nazirecht, halber Jude. Nach dem Krieg lebte er längere Zeit in Paris. 1959, 24jährig, wollte er das deutsche Abitur nachmachen. Er fand aber zunächst keinen Schulplatz. Der Grund, wie er vermutete: Die Bundesrepublik hatte das Abstammungsrecht der Nazis einfach übernommen. Und nicht nur das. In Paris hatte er die Archive studiert. Als er nach Deutschland kam fiel ihm auf, dass er einigen Namen deutscher Richter schon in einem Pariser Archiv begegnet war. 1959 waren sie für die damals 10 Jahre alte Bundesrepublik Deutschland tätig. In den Kriegsjahren – insbesondere in den letzten Monaten –, fielen sie durch strenge, auch nach nationalsozialis-

tischem Recht absurde Urteile auf. Da wurde z.B. ein junger Mann wegen eines Kleindiebstahls zum Tode verurteilt. Der Historiker und Antisemitismusforscher Michael Kohlstruck zitiert in seinem Buch „Engagierte Demokraten“ den Juristen und Strafrechtler Reinhart Maurach. Dieser schrieb schon 1960:

„Die Älteren von uns werden sich noch an die Jahre 1943, 1944, 1945 erinnern, während deren die Litfaßsäulen mit den kleinen roten Anschlägen der Staatsanwaltschaft bepflanzt waren, in denen kurz mitgeteilt wurde, dass auf einen Schlag drei, vier, fünf und mehr Menschen „durch das Fallbeil“ hingerichtet worden wären. Und wegen welcher Taten? Etwa als Gewaltverbrecher, weil ein junger Mensch einer vorübergehenden Frau die Einkaufstasche entrissen hatte; oder als sogenannter „Volksschädling“, weil der Täter während der Verdunkelung Lebensmittel aus einem Keller gestohlen hatte, oder etwa gar deswegen, weil er mit der Frau eines Soldaten Ehebruch getrieben hatte. Unsere Blicke – angewidert, aber auch abgestumpft – glitten zum Schluss nur noch schnell über diese schicksalsschweren Ankündigungen hinweg, um desto intensiver an der Bekanntgabe der nächsten Eierzuteilung zu haften!“

Reinhard Strecker hat diese Urteile zusammengetragen. Er hat sie in 105 Schnellhefter kopiert. Er hat 35 Personalakten hinzugefügt. Und er wollte dies alles ausstellen. Es war der Test, ob er mit seinen Kindern in Deutschland leben könnte. So schreibt es Kohlstruck in seinem oben genannten Aufsatz. Ausstellungsort sollte Karlsruhe sein, wo das Bundesverfassungsgericht tätig war. Es wurden ihm viele Steine in den Weg gelegt, und besonders die SPD in Karlsruhe spielte dabei keine rühmliche Rolle. An der Universität Karlsruhe durfte die Ausstellung nicht gezeigt werden. Strecker zeigte sie dann im *Gasthaus Krokodil*, wo sie täglich auf- und abgebaut werden musste. Vier Jahre lang ging die Ausstellung als Wanderausstellung quer durch Deutschland. Strecker wurde vom SDS unterstützt, später gar vom RCDS.

Die Justiz in der BRD bestand nicht nur aus Nazis. Der 1960 amtierende Generalbundesanwalt Güde war ein liberaler und redlicher Jurist. Strecker durfte ihm sein Material zeigen und Güde kam zu dem Urteil, das Material sei keine Fälschung. Die Presse nahm Witterung auf. (Obwohl auch in der Presse noch viele

Nazis saßen.) Strecker wollte die Ausstellung in Berlin zeigen. Aber der Kalte Krieg war ausgebrochen. Und da Strecker auch DDR- und polnische Archive nutzte, war er erstmal chronisch verdächtig. Auch die DDR konnte nichts mit ihm anfangen.

Dies alles erzählte Strecker bei der Veranstaltung im Justizministerium, wo er zugleich Zeitzeuge und Gegenstand historischer Erörterungen war. Ein Historiker der Universität Flensburg sprach über ihn. Und Michael Kohlstruck und Claudia Fröhlich von der Uni Hannover sprachen mit ihm. Streckers Temperament durchkreuzte so manche Fragestrategie und hin und wieder mussten die Fragenden ihre Frage selbst beantworten. Zu Nazizeit, so eine seiner überraschenden Pointen, hätte es die rechte Volksgemeinschaft nicht gegeben. Sie war ein Nachkriegsprodukt. Da hätte man doch gerne etwas mehr gewusst. Sebastian Haffner kommt in seinem Tagebuch zu einem anderen Urteil.

Wir sind es gewohnt die Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Jahr 1968 beginnen zu lassen. Strecker hat sich selbst einmal als 58er bezeichnet. In der Tat war er seiner Zeit um 10 Jahre voraus. Dass die Veranstaltung im Justizministerium stattfand, macht die Entwicklung deutlich: 1960 hätte man eine solche Veranstaltung als Nestbeschmutzung abgelehnt.

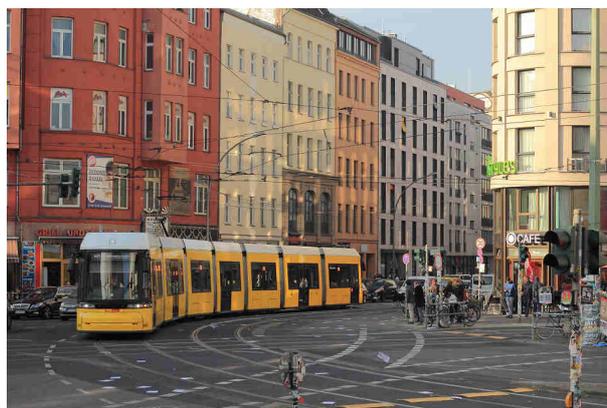
Wo befindet sich das Berliner Voigtland?

Von Wolfhard Besser, Zeitzeuge

Sicherlich wissen dies die Wenigsten von uns Einheimischen. Bis vor kurzem auch ich nicht, obwohl ich seit 55 Jahren in dieser Stadt wohne. Immer wieder erfährt der Alteingesessene Unbekanntes, wie an dem Zeitzeugen-Nachmittag am 29. September 2015 bei einem heimatkundlichen Vortrag über die Rosenthaler Vorstadt, die anfangs einen anderen Namen trug. Viele Details vernahmten wir gut zwei Dutzend Teilnehmer durch den Vortrag und die Lesung des Schriftstellers und Heimatforschers Wolfgang Feyerabend.

In den zurückliegenden Jahrzehnten bin ich oft durch die Rosenthaler Vorstadt gefahren, per PKW oder mit der Straßenbahn, habe einige Straßen durchwandert, aber über den Ursprung dieses Viertels wusste ich wenig. Das hat sich nun geändert. Vielleicht nicht nur für mich

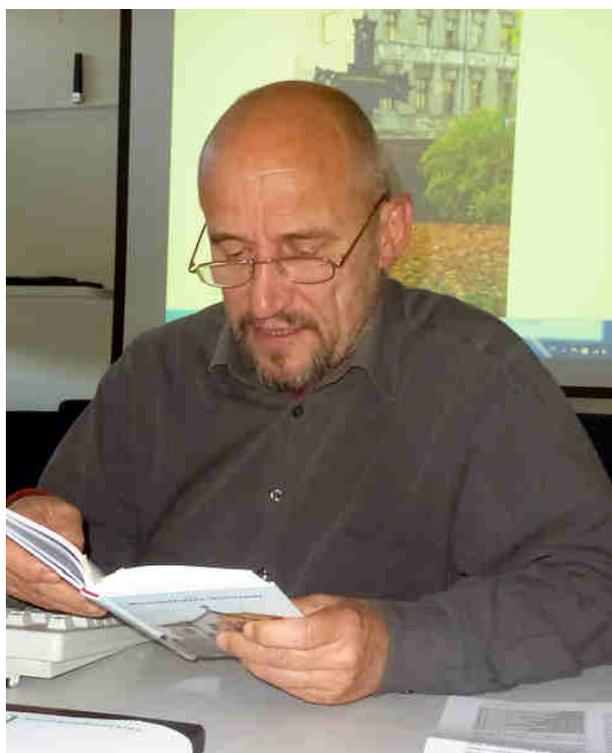
Das Areal, um das es geht, lag 1752 außerhalb Berlins. Wer die Stadt verlassen wollte,



musste durch das Rosenthaler - oder Hamburger Tor. Dort, nördlich der Stadtmauer erstreckte sich ein ödes Gebiet, das durch die Abholzung des Waldes nur noch Sandwüste war.

Hier wollte König Friedrich II. die Stadt erweitern; Häuser bauen lassen und „Gastarbeiter“ ansiedeln. Nämlich Maurer und Zimmerleute, die aus dem Voigtland (damalige Schreibweise) angeworben worden waren. Zur kalten Jahreszeit, wenn Bauen nicht möglich war, fuhren die „Voigtländer“ in ihre Heimat zurück.

Das missfiel dem König, er wollte sie mit ihren Familien für ständig in Berlin ansiedeln. So ließ er auf seine Kosten außerhalb der Stadtmauer eine Reihe von Häusern bauen; dazu rund um die künftigen Anwesen Gartenland anlegen. Das Vorhaben ging rasch voran, so dass die ersten „Voigtländer“, bereits 1754 einziehen konnten. So entstanden vorerst drei Gassen, die später die Namen Brunnen-, Acker- und Bergstraße erhielten - begrenzt von der Invaliden- und Torstraße. Diese Ansiedlung wurde „Neu-Voigtland“ geheißen oder auch nur „Voigtland“; später als weitere Straßen hinzu kamen, ab etwa 1800, erhielt die Gegend die Bezeichnung „Rosenthaler Vorstadt“.



Diese städtebauliche Entwicklung war der Ausgangspunkt für den Vortrag, den der Schriftsteller und Heimatforscher Wolfgang Feyerabend hielt. Wir erlebten zwei kurzweilige Stunden, illustriert mit Lichtbildern von Gebäuden, Straßen von gestern und heute sowie von Persönlichkeiten, die einst hier lebten. So entwickelte sich an diesem Nachmittag auch ein reges Fragen und Antworten.

Der eine oder andere Teilnehmer der Runde konnte eigene Erlebnisse hinzufügen über das Werden und Wachsen sowie über das Geschehen von heute. Wie das einstige "Voigtland" vom Handwerkerviertel zu einem Armenhaus wurde, wie sich später kleine Unternehmen, Handel und Gewerbe ansiedelten, wie die Bewohner lebten

und wohnten. Wir erhielten Einblick in die jüdische Vergangenheit, erfuhren, welche Persönlichkeiten einst zeitweise in der "Rosenthaler Vorstadt" Quartier bezogen hatten, wie Gerhart Hauptmann, Theodor Heuß und Dietrich Bonhoeffer. Ein Kapitel des Vortrages behandelte die Zeit der "Mauer" und Hintergründe der Sprengung der Versöhnungskirche. Heute umfasst die Rosenthaler Vorstadt das Gebiet zwischen Garten- und Torstraße, Choriner-, Schwedter- und Bernauer Straße. Es ist nicht der Platz hier, weitere Einzelheiten des Vortrages von Wolfgang Feyerabend darzulegen. Er hat über das Werden und Wachsen, über das Gestern und Heute ein kleines Buch geschrieben „Die Rosenthaler Vorstadt“, bereichert mit vielen unbekanntem Fotos von einst und jetzt. Schon deshalb lohnt sich der Kauf dieses Büchleins für 19.80 €. Allerdings sei anzumerken: Die drucktechnische Gestaltung kann nicht befriedigen. Der Text ist in einem flauen Grauton gehalten und deshalb nicht augenfreundlich. Dafür entschuldigt sich der L&H-Verlag. Leider nicht zu ändern. Wer sich durch das Buch gearbeitet hat, weiß mehr über das „Berliner Voigtland“.

In eigener Sache

✉ Aus unserem Briefkasten ✉

Warum ich kein Zeitzuge mehr sein will

Von Ivan Ivanji

„70 Jahre danach. Historisches Begreifen und politisch-ethische Orientierung in der Gedenkstättenarbeit des 21. Jahrhunderts“, Vortrag, gehalten auf der Konferenz vom 10.-12. September 2015 im Humboldt Carré, Berlin

Ich bin sehr ungerne Zeuge jener Zeit, die stets gemeint ist, wenn man mich als Zeitzuge aufruft, um Aussagen zu machen. Wörter verändern oft ihren Sinn, treffen früher gemeinte Begriffe nicht mehr genau. Das Wort „Volk“ hat zu Hitlers Zeiten eine so negative Bedeutung gewonnen, dass Brecht erklärt hat, er wolle es nie mehr benutzen, bei Bedarf würde er Bevölkerung sagen. Der Sinn des Wortes Volk hat sich jedoch verändert, als die Bürger im Osten Deutschlands mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ eine Wende eingeleitet haben, die sie als positiv empfanden. Wenn ich richtig höre, und es geht um Nuancen, scheint mir „Volk“ klingt heute wieder anders, nicht als Ruf des Demos, des Volkes, das kratein, herrschen, das seine Macht will, jedoch mit erneut nationalen und nationalistischen Untertönen.

Mir geht es mit dem Wort Zeitzeuge ähnlich. Anfangs verstand ich es als Bezeichnung von Menschen, die den Holocaust persönlich erlebt und überlebt haben. Es gibt unendlich viele Berichte von Zeitzeugen, viele vor allem Beschreibungen, wie schrecklich das war. Meine Teilnahme an den Versammlungen oder Gesprächen mit unterschiedlichem Publikum inklusive. Allmählich aber klingt mir, was wir zu bezeugen haben, einfach wehleidig.

Wenn von mir die Rede ist, beginnt es immer wieder: "...der als Jude in den Konzentrationslagern, Auschwitz und Buchenwald..." Wenn ich im Leben nichts anderes vollbracht habe, als „als Jude“ in Konzentrationslagern gewesen zu sein, bin ich mit meinem Leben, und ich lebe nachdem ich überlebt habe, die Befreiung erlebt habe, schon siebzig Jahre lang, nicht zufrieden...

Als was habe ich überlebt? Wer bin ich, um als Zeuge einer ganzen Zeit des Bösen aufzutreten?

Ich bin der Meinung, dass das, was wir, die sogenannten Zeitzeugen, zu sagen hatten, ge-

sagt ist. Ich will die Stafette weitergeben und kein Zeuge jener Zeit mehr sein. Nicht nur unser Leiden ist anzuklagen. Auch jetzt, in diesem Augenblick, werden an vielen Orten der Welt Menschen aus ihren Häusern beraubt, vertrieben, gefoltert, geköpft, erschlagen. Dafür bin ich kein Zeitzeuge, aber dagegen werde ich mich mit letzter Kraft.

Wie unsere Kinder und Enkelkinder unsere Gedenkstätten und Mahnmale erhalten wollen, das ist ihre Aufgabe. Ich rufe sie auf, für jene zu kämpfen, die heute leiden.

Anmerk.d.Red.: Auszug aus der Mail von Dr. Ivan Ivanji aus Serbien vom 7.10.15

„Vielen Dank für Ihren Brief, vor allem, dass Sie mich auf die Existenz der Zeitzeugenbörse aufmerksam gemacht haben, ich habe leider von ihr nichts gewusst und jetzt natürlich im Internet alles angeschaut. Meine Hochachtung für Ihre Arbeit! [...] Ich habe auch mit meinen Büchern, „Schattenspringen“, „Die andere Seite der Ewigkeit“, „Der Aschenmensch von Buchenwald“, „Buchstaben von Feuer“ und unzähligen Auftritten als Zeitzeuge, meinen Teil „abgearbeitet“.

Die Zeitzeugen arbeiten ehrenamtlich.

Die ZZB finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der Öffentlichen Hand. Deshalb erfolgt die Vermittlung von Zeitzeugen an öffentliche Bildungseinrichtungen unentgeltlich. Von anderen Veranstaltern, wie Medien, Reisebüros etc, erheben wir einen Kostendeckungsbeitrag.

***** Gratulationen *****

Wir gratulieren allen im November und Dezember geborenen Zeitzeugen

01.11. Lutz Kann, 01.11. Reinhart Crüger, 02.11. Elke Lehmann-Brauns
02.11. Gert Keil, 03.11. Rosemarie Arndt,

Am 06.11. feiert Gerhard Richter seinen 100. Geburtstag

06.11. Heinrich Fricke, 19.11. Bernd Feuerhelm, 20.11. Alfred Lieball,
28.11. Marianne Wachtmann, 28.11. Reinhard Hummel, 30.11. Hans-Joachim Weber
10.12. Marianne Keller, 2.12. Harald Scherdin-Wendland, 14.12. Lothar Scholz, 16.12. Hans-Carl
Lemke, 18.12. Karin Kasimir 18.12. Hans-Walter Bendzko, 25.12. Jutta Hertlein
27.12. Bertram Hönicke, 28.12. Philipp Sonntag 30.12. Alexander Longolius

Weihnachtsfeier der Zeitzeugenbörse

Alle Jahre wieder lädt der Vorstand der ZeitZeugenBörse alle Zeitzeug(inn)en und Mitarbeiter/innen zur traditionellen Weihnachtsfeier ein. Wir treffen uns am **Dienstag, 8. Dezember 2016** und feiern von 15 – 18 Uhr im Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215, 13437 Berlin-Reinickendorf (**Eingang rechte schmale Seite im Altbau des Rathauses**). In einem gemütlichen Raum im Altbau wollen wir wieder bei Kaffee und Kuchen das erinnerungsträchtige Jahr 2015 in angenehmer Atmosphäre ausklingen lassen.

Bitte melden Sie sich umgehend im Büro (030 – 44 04 63 78) oder per Email unter: info@zeitzeugenboerse.de
Verkehrsverbindungen zum Rathaus: U 8, Bus 221, 322, 325, X33 bis Rathaus Reinickendorf



Ankündigungen

10. November 2015 um 15 Uhr

„Zeit der Vergebung“

Die ZeitZeugenBörse plant eine Veranstaltung, bei der Ausschnitte aus dem russischen Dokumentarfilm „Zeit der Vergebung“ (Regie: Jurij Kuzavkov) gezeigt und diskutiert werden. In diesem Film wirkten auch unsere Zeitzeugen Hans-Ulrich Abshagen, Wolfgang Brockmann, Lothar Scholz und Rudolf Schümer mit, die als junge Männer in russische Kriegsgefangenschaft gerieten. Sie bauten Häuser und Straßen, beteiligten sich am Atomprojekt, vor allem aber sahen sie zum ersten Mal diejenigen, die sie vor kurzem erst noch für „Untermenschen“ halten sollten, also bei denen, die in den Aufrufen der Nazi-Propaganda mitleidlos zu vernichten waren. Nun erlebten sie Menschen, die durch den Krieg gelitten hatten, aber dennoch oft uneigennützig Gefangenen halfen, obwohl sie selber hungerten, gaben sie ihnen zu essen und versorgten sie auch medizinisch. An dem Film beteiligten sich ehemalige deutsche Kriegsgefangene sowie Veteranen der Roten Armee und Mitarbeiter der Abteilung 7, die mit Gefangenen gearbeitet hatten. In Exklusivinterviews kommt auch Prof. R.-D. Keil zu Wort, der als Dolmetscher an den Verhandlungen Konrad Adenauers mit Nikita Chruschtschow zur Freilassung deutscher Kriegsgefangener beteiligt war.

Moderation Eva Geffers

**Veranstaltungsort: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
10787 Berlin, An der Urania 4-10, Ecke Kurfürstenstraße**

Verkehrsverbindungen:

U 1, 2, 3 Wittenberg-/Nollendorfplatz, Bus 100, M 29, 187, bis Schillstraße, Bus 106, M 19, M 46, bis An der Urania

WICHTIG!

Die Weihnachtsferien der ZeitZeugenBörse: 16.Dezember 2015 - 6.Januar 2016

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe.

Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten.

Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. mitteilen.

V.i.S.d.P.: Eva Geffers

Redaktion: Eva Geffers / Lektorat und Layout: Dr. Klaus Riemer

Büro:

ZeitZeugenBörse e.V., Ackerstr. 13, 10115 Berlin, ☎ 030 – 44046378, 📠 030 – 44046379

Mail: info@zeitzeugenboerse.de - www.zeitzeugenboerse.de

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 -13 Uhr

Über Spenden freuen wir uns sehr:

Bank für Sozialwirtschaft - BIC: BFSWDE33BER / IBAN:DE83100205000003340701

Typowerkstatt Bodoni-Museum

Krausnickstraße 6, 10115 Berlin

☎ 030-2825137/28387569, 📠 030-28387568 Mail: info@bodoni.org